



Foto: EP, European Union 2021

Europa muss abwehrbereit sind:

# Covid, Cybersicherheit und Verteidigung



Foto: EP, European Union 2022

*Dr. Andreas Schwab MdEP, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe, Sprecher im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie Bezirksvorsitzender der CDU Südbaden*

Europa und Deutschland kommen von einer Krise in die nächste. Erst Covid, jetzt Ukraine. Wir müssen uns deshalb innerhalb der Europäischen Union Gedanken darüber machen, wie wir uns besser vor Krisen aller Art schützen können. Man nennt diesen Zustand auch: Resilienz, also Abwehrbereitschaft.

Europa kann nicht „autark“ werden, aber wir müssen überdenken, wie wir wirtschaftlich krisenfester werden kön-

nen. Das betrifft z.B. die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, es betrifft die Energieversorgung, und es betrifft auch die grenzüberschreitende Versorgung im europäischen Binnenmarkt. Denn: wir sind darauf angewiesen, dass Güter, Personen und Dienstleistungen frei passieren können. In den ersten Wochen der Covid-19-Krise haben wir leider gesehen, was passiert, wenn Grenzen innerhalb der Europäischen Union plötzlich geschlossen werden - elsässische

Krankenschwestern, die in deutschen Krankenhäusern am Oberrhein arbeiten, konnten nicht mehr zur Arbeit kommen, da sie sich sonst auf dem Rückweg nach Hause 2 Wochen in Quarantäne hätten begeben müssen. An den Grenzübergängen gab es kilometerlange Staus, von denen auch Lkw betroffen waren, die Waren nach ganz Europa liefern. Als Koordinator der EVP-Fraktion im Binnenmarktausschuss heißt Katastrophenschutz für mich daher auch - den Binnenmarkt abwehrbereit machen.

Die Europäische Kommission hat daher bereits im Rahmen ihrer Industriestrategie angekündigt, dass Notfallinstrument für den Binnenmarkt (Single Market Emergency Instrument) erarbeitet wird. Mit diesem Instrument soll der Binnenmarkt für künftige Krisen widerstandsfähiger gemacht werden. Das begrüße ich ausdrücklich.

Wichtig ist dabei, dass wir einen starken, funktionsfähigen Binnenmarkt brauchen, der auch nur in Krisenzeiten funktioniert. Dafür reicht es nicht aus, dass Maßnahmen der Mitgliedstaaten, die die Grundfreiheiten im Binnenmarkt beschränken, lediglich transparent und verhältnismäßig sein sollen.

Die Europäische Union muss unabhängiger werden - das zeigt die Ukraine-Krise uns ganz deutlich. Um als Europäische Union unabhängiger zu werden, ist es wichtig, dass wir uns darauf verlassen können, dass Warenlieferungen (wie Medizin und Grundnahrungsmittel) auch in der Krise jederzeit ohne Probleme innerhalb Europas von einem Mitgliedstaat in einen anderen transportiert werden können. Denn es sollte nicht darauf ankommen, dass jeder Mitgliedstaat seine Grundversorgung nur für sich sicherstellt. Es ist wichtig, dass wir dies in bestimmten Bereichen als „gemeinsame europäische Aufgabe“ betrachten und dann auch gemeinsam sicherstellen, dass jeder Mitgliedstaat versorgt ist. Dafür brauchen wir den Binnenmarkt. Nicht jeder EU-Staat wird einen eigenen Hersteller von Impfstoffen haben, auch derartige Pharmaprodukte müssen im Krisenfall einfach verteilt werden können.

Schließlich sind bestimmte Medikamente eben von den Herstellern auch jederzeit verfügbar zu halten - auch wenn der Transportweg für Antibiotika aus Indien mal nicht funktioniert.

Und nicht nur der freie Verkehr von Waren ist wichtig, auch Dienstleister und insbesondere Arbeitskräfte in kritischen Sektoren wie zum Beispiel Ärzte und Krankenschwestern müssen ohne Hindernisse an ihren Arbeitsplatz in einem anderen Mitgliedstaat gelangen können. Das ist in Krisenzeiten umso wichtiger.

Mir ist daher wichtig, dass die Kommission mit ihrem Vorschlag ein ehrgeiziges Instrument vorschlägt, dass die Probleme wirklich angeht und den Binnenmarkt auch nachhaltig verbessert und ihn so für Krisenzeiten wappnet.

Die Ukraine-Krise zeigt uns, dass wir unsere Verteidigung in Europa verstärken müssen. Dazu gehört auch die Cyber-Sicherheit. Als Berichterstatter der Cybersicherheits-Richtlinie, die das Fundament für einen europäischen Ansatz in diesem Bereich gelegt hat, verlange ich seit Langem den Ausbau an gemeinsamen Cybersicherheitskapazitäten.

Die Europäische Kommission hat Ende 2020 eine neue EU-Cybersicherheitsstrategie vorgestellt. Die Strategie umfasst die Sicherheit grundlegender Dienste wie Krankenhäuser, Energienetze und Eisenbahnen. Außerdem geht es um die Sicherheit der immer zahlreicher werdenden vernetzten Objekte (IoT). Die Strategie konzentriert sich auf den Aufbau kollektiver Fähigkeiten, um auf größere Cyberangriffe zu reagieren und um internationale Sicherheit und Stabilität im Cyberspace zu gewährleisten. Es wird dargelegt, wie eine gemeinsame Cyber-Einheit die wirksamste Reaktion auf Cyber-Bedrohungen gewährleisten kann, indem sie die kollektiven Ressourcen und das Fachwissen nutzt, die der EU und den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. Derartige Angriffe waren aus Russland erwartet worden - dass sie bislang weit-

gehend ausgeblieben sind, sollte uns nicht in falscher Sicherheit wiegen!

Bedrohungen der Cyberspace sind immer grenzüberschreitend, und ein Cyberangriff auf kritische Einrichtungen eines Landes kann die gesamte EU in Mitleidenschaft ziehen. Die EU-Länder müssen Cybersicherheit daher als Gemeinschaftsaufgabe verstehen und jeder Mitgliedstaat muss über starke staatliche Stellen verfügen, die die Cybersicherheit in ihrem Land überwachen und mit anderen Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, indem Informationen ausgetauscht werden. Dies ist besonders wichtig für unsere kritische Infrastruktur in Europa.

Die Richtlinie zur Cybersicherheit, die inzwischen von allen Ländern umgesetzt worden ist, gewährleistet die Einrichtung und Zusammenarbeit solcher staatlichen Stellen. Sie wurde Ende 2020 überprüft. Als Ergebnis des Überprüfungsprozesses hat die Kommission den Vorschlag für ein weiteres Gesetz (NIS2) vorgelegt, es wird demnächst in Kraft treten. Mit der NIS2-Richtlinie soll der Anwendungsbereich der derzeitigen NIS-Richtlinie erweitert werden, indem weitere Sektoren auf der Grundlage ihrer Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft in den Anwendungsbereich aufgenommen werden. Gerade jetzt müssen wir für eine zügige Umsetzung dieser neuen Richtlinie sorgen!

Cybersicherheit, Resilienz im Binnenmarkt, aber auch Verteidigung, eine europäische Unabhängigkeit von Rohstoffen, eine sichere Versorgung mit Grundnahrungsmitteln - wir stehen vor vielen Herausforderungen, die uns vor wenigen Jahren noch gar nicht so klar waren. Unbestreitbar scheint, dass wir in all diesen Fragen nur mit einem ganzheitlichen, europäischen Ansatz an die Probleme herangehen können. Europas Binnenmarkt zeigt uns, dass das möglich ist.

Dr. Andreas Schwab MdEP,  
[andreas.schwab@europarl.europa.eu](mailto:andreas.schwab@europarl.europa.eu),  
[andreas-schwab.de](http://andreas-schwab.de)